



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß ein erster bedeutender Erfolg der französischen Truppen über das buntgemischte Heer Wellington's die Möglichkeit der Ausführung eines derartigen Rückzugsplans erheblich alterirt haben würde. Eine Analogie aus demselben Feldzuge dürfte dies darthun.

Schon für einen Einbruch des französischen Heeres auf dem Wege über Charleroi waren am 3. Mai in Tirlemont zwischen dem englischen und dem preussischen Feldherrn Verabredungen getroffen worden, denen dennoch, als dieser Einbruch am 14. Juni wirklich erfolgte, von keiner von beiden Seiten entsprochen worden ist. Mit überzeugender Kraft thut Chesney die Vorzüglichkeit dieses Planes dar (F. 97, ff. D. 57), nach welchem die Blücher'sche Armee zwischen Charleroi und Sombreffe längs der nordostwärts über Fleurus und bei Ligny ziehenden Straße sich aufstellen, die Wellington'sche aber ihre Stellung zwischen Marchimmes an der Sambre auf der westwärts von Charleroi ziehenden Straße und zwischen Gosselies nehmen sollte, welches an der nordwärts gehenden Straße liegt. Es würden hierdurch die beiden, westlich und nördlich von Charleroi eng vereinigten Armeen jedes Vordringen Napoleon's nach Norden unmöglich gemacht haben. „In der That aber war am 15. Juni, Nachmittags um 3 Uhr, kaum ein preussisches Armeecorps auf dem außersehenen Terrain und außer der holländisch-belgischen Division Perponcher hatte auf dasselbe nicht ein Mann des Wellington'schen Heeres seinen Fuß gesetzt, während die Spitze einer Colonne von 40,000 Franzosen die Sambre bei Marchimmes überschritten hatte und eine andere Heersäule von 70,000 Mann in Charleroi einzog.“

Schließlich kann Ref. nur wiederholen, was er bereits im Eingange bemerkt hat, daß trotz der hervorgetretenen Mängel im Einzelnen die vorliegende Arbeit als für den Unterrichtszweck, den sie sich gestellt hat, sehr gelungen bezeichnet werden muß.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Januar.

Das Jahr 1870 ist unter den Aspekten des Friedens angebrochen. Wenn die politischen Wettermacher Recht haben, gehen wir für die nächste Zukunft einer Zeit entgegen, in der selbst die dünnen Wolken, welche über den letzten zwölf Monaten lagen, verschleucht sein werden, um einem unge-trübt heiteren Himmel Platz zu machen. Aber wie für den Einzelnen das Leben nicht der Güter höchstes sein darf, so ist der Frieden in der politischen Welt nicht das höchste Gut. Auf die Bedingungen dieses Friedens kommt es an und diese sind für einen beträchtlichen Theil Europas weder befriedigend, noch auf die Dauer haltbar. Für uns Deutsche liegen die Dinge freilich so, daß wir den Frieden noch für eine Anzahl Jahre brauchen. Nicht als ob wir hoffen dürften, es werde sich, was an unserer nationalen Einheit und Geschlossenheit fehlt, von selbst einfinden, wenn uns Zeit zu freier Entwicklung gelassen wird. Wir wissen im Gegentheil aus der Erfahrung der letzten Jahre, daß es ein Irrthum war, von dem deutschen Süden zu erwarten, er werde das Nothwendige in freier Entschließung thun, die Brücke über den Main selbst bauen. Aber der Zeitpunkt für eine gewaltsame Lösung ist zunächst vorüber. Seit dem Sommer 1868 steht außer Frage, daß die Majorität der süddeutschen Staaten den gegenwärtigen hundert Mal als unhaltbar anerkannten Zustand weiter zu fristen entschlossen ist, so lange es irgend geht. Und es kann noch lange gehen, wie es bisher ge-

gangen ist. Das Programm unserer Zukunft hat sich seitdem verändert; Norddeutschland muß sich definitiv constituirt haben, ehe der Süden an die Reihe kommt, es sich bis dazu darauf beschränken, jede vorgehende Gestaltung der oberdeutschen Dinge zu verhindern.

Der Verzicht darauf, die Bewegung von 1866 bis an ihre natürliche Grenze zu führen, hat die Aufrechthaltung des Friedens nicht nur möglich, sondern zur innern Nothwendigkeit gemacht. Seit über dem Abschluß der Zoll- und Bündnißverträge Jahr und Tag vergangen, war Frankreich nicht mehr in der Lage, aus der angeblichen Verletzung des Prager Friedens einen Kriegsgrund abzuleiten. Die Krisis, welche sich in den ersten Tagen des neuen Jahres in Paris vollzogen, hat Männer an die Spitze der Geschäfte gestellt, welche das offen und direct anerkennen und von denen wir wissen, daß sie nicht nur jede französische Diverſion nach Außen grundsätzlich verwerfen, sondern dem deutschen nationalen Gedanken Achtung und Verständniß entgegenbringen.

Ob das neue französische Ministerium für Frankreich dieselbe friedliche Bedeutung hat wie für Deutschland und das übrige Europa, wird noch lange fraglich bleiben. Seine Anfänge haben sich allerdings unerwartet günstig gestaltet. Die Organe der liberalen Presse haben sich unter Verzicht auf ihre zum Theil höchst anti-bonapartistischen Traditionen das Wort gegeben, die Minister vom 2. Januar nach Kräften zu unterstützen; das Gleiche gilt von der illiberalen Mehrheit der beiden Kammern und den Mittelparteien, welche dem neuen Cabinet das Material lieferten und dem gebildeten Theil der Pariser Bevölkerung. Daß diese Versprechungen ernst gemeint gewesen sind, hat sich bereits bei verschiedenen ernstesten Gelegenheiten gezeigt. Die für die regierende Familie mehr wie compromittirende Mordscene von Auteuil ist, allen perfiden Aufreizungen des Radicalismus zum Trotz, ohne Folgen geblieben; Olivier hat ebenso die Verfolgung und Verurtheilung Rochefort's wie die Entlassung Hausmann's durchführen können und ist auf der Höhe seines Einflusses geblieben. Die der Volksvertretung verheißenen Reformen der Preßgesetzgebung und der Communalverwaltung sind bereits in Angriff genommen, ebenso die Umgestaltung der Präfectenliste. Weder von Rechts noch von Links ist es gelungen, die Thätigkeit des neuen Cabinets zu stören, und dasselbe erfreut sich ungewöhnlich langer Flitterwochen. — Und doch genügt ein flüchtiger Blick auf die Beschaffenheit der französischen Dinge, welche aus der achtzehnjährigen Dictatur des dritten Napoleon hervorgegangen ist, um alle Illusionen über die Versöhnung von Freiheit und Kaiserthum zu zerstören. Ein Verwaltungssystem, das auf die Willenlosigkeit der kleinen Kreise, mögen dieselben Provinzen, Arrondissements oder Communen heißen, gegründet ist — eine Dynastie, deren Traditionen zum constitutionellen System in bewußtem Gegensatz stehen —, eine chauvinistisch gefinnte Armee und endlich ein Volk, das den maßvollen Gebrauch der Freiheit nie gekannt, seine schlecht benutzten parlamentarischen Lehrjahre vergessen hat, dessen Leben an unheilbarer Feindschaft der verschiedenen Gesellschaftsklassen krankt und zwischen Fieberhitze und Erschlaffung alternirt! Kann diesen mit einem System geholfen werden, das nur durch kluge Compromisse der Parteien zu erhalten ist? Und wenn irgendwo in Europa, so heißt es in Frankreich: Männer, nicht Maßregeln! Die Männer von heute sind der Masse des Volks fremd, weder unter sich noch mit den Parteien, aus denen sie hervorgegangen, einig und nur durch die Gewalt der Umstände zu gemeinsamer Arbeit genöthigt worden. Der Compromiß zwischen dem rechten und dem linken Centrum ist theuer genug bezahlt worden; selbst davon abgesehen, daß die Meinungen über die Opportunität einer Kammerauflösung

hüben und drüben verschiedene sind, wird ein Conflict zwischen den protectionistischen Neigungen der Herren Rouvet und Buffet und der Freihandelspolitik Ollivier's auf die Dauer nicht zu vermeiden sein. Bei der ungeheuren Rolle, welche die materiellen Interessen gerade gegenwärtig spielen, ist es undenkbar, daß die Frage nach der Handelspolitik Frankreichs ohne kategorische Antwort bleibe. Die großen volkswirtschaftlichen Fortschritte, welche das Land seit dem letzten Decennium gemacht hat und von denen unvergessen ist, daß sie der persönlichen Initiative des Kaisers entsprangen, können nicht wegen zweier Männer in Frage gestellt werden, deren Werth eigentlich nur darin besteht, daß sie im rechten Augenblick auf dem Platze und zu haben waren und daß das linke Centrum zufällig das Hauptnest des französischen Protectionismus ist.

Ob das französische Ministerium über diesen in seiner Zusammensetzung und den Zufälligkeiten der augenblicklichen Lage begründeten Schwierigkeiten den Hals brechen oder an der Unmöglichkeit scheitern wird, das constitutionelle System mit den zuchtlosen Neigungen und bürokratischen Gewohnheiten des modernen Frankreich überhaupt zu versöhnen, muß zunächst abgewartet werden. So unsicher auch die Aussichten seines Bestandes sind, es scheint uns doch sicherer zu stehen, ein festeres Fundament unter den Füßen zu haben, als die Handvoll Männer, die neuerdings in Oestreich aus dem Kampfe der Memoranden als Sieger hervorgegangen sind. Daß die Entscheidung zu Gunsten der Giskra-Herbst-Plener'schen Majorität als neue Bürgschaft für den Bestand der Verfassung gefeiert und nicht nur innerhalb Deutsch-Oestreichs als deutsche Errungenschaft bejubelt wird, ist auf eine weitverbreitete Täuschung über die Lage Oestreichs zurückzuführen, eine Täuschung, an welcher eigentlich alle Parteien schuld sind. Für die große Masse der Zeitungsleser gibt es zwischen Ural und Atlantischem Ocean bekanntlich nur zwei politische Rubriken, unter die Alles untergebracht werden muß, was existirt und nicht existirt. Das reichlichere Maß an liberalen Intentionen, das man den Herren Giskra, Herbst und Plener imputirt, war das durchschlagende Argument für die guten Wünsche, mit denen der deutsche Liberalismus ihr Programm unterstützte.

Und doch hat es sich in der gegenwärtigen östreichischen Krisis um etwas ganz Anderes gehandelt, wie um die Entscheidung über ein Mehr oder Minder constitutioneller Freiheit. Im Januar 1870 hat es sich gerade wie im Juli 1865 darum gehandelt, ob man zu Gunsten einer den Wünschen und Bedürfnissen der Deutsch-Oestreicher entsprechenden Verfassung der Auflösung des Reichs entgegentreiben wolle oder nicht. Gerade wie das deutsche Element Oestreichs sich in den J. 1861—1865 unfähig erwiesen hatte, dem Magyarenthum und dessen Selbstständigkeitsdrange die Waage zu halten, so hat es sich in dem Zeitraum, der seit dem Sommer 1867 verflossen ist, unfähig gezeigt, die Slaven in die Staatsform zu fügen, welche das deutsch-östreichische Interesse für sich fordert. Man beging in den Wochen, welche der Pesther Krönung folgten, den unbegreiflichen Fehler, Galizien zu einer eisleithanischen Provinz machen zu wollen und dadurch zwischen polnischen und czechischen Separatisten eine Interessensolidarität herzustellen, welche bis dazu nicht bestanden hatte. Um das Maß der Widersprüche voll zu machen, reizte man nicht nur Selbstgefühl und Eitelkeit der Czechen durch administrative Concessionen an die Polen, sondern man stieß gleichzeitig die einzigen Stützen des Einheitsstaats in Galizien, die Ruthenen, geflissen zurück. Die Folge davon war eine Verbitterung der slavischen Provinzen gegen die Regierung und den Staat, welche durch das Erscheinen der Polen im Reichsrath nur mühsam verkleistert worden ist und die Ausöhnung, von

welcher die Zukunft Oesterreichs abhängt, an Bedingungen knüpft, die — je länger sie unerfüllt bleiben — desto ungeheurerlicher anwachsen. In der Erkenntniß, daß für die unvermeidliche Abrechnung mit den Slaven der früheste Termin der günstigste sein werde, verlangte die Minorität die Einberufung eines Reichstages zur Revision der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege. Die Minister der Majorität haben unter Zustimmung des Reichsraths diesen Plan verworfen und sich getraut auf dem bisherigen Wege weiter und an das Ziel zu gehen. Wie schwach es mit diesem Selbstvertrauen bestellt ist, haben nicht nur Worte, sondern Thaten bewiesen: die Worte, in denen Graf Beust die glücklichen Sieger vor dem überhand nehmenden Pessimismus warnte, und die Thaten, welche fortfahren, den polnischen Autonomieforderungen Concessionen auf administrativem Wege zu machen. Von einer muthigen Durchführung des centralistischen Programms ist nicht die Rede; im Gegentheil, die galizischen Centralisten werden desavouirt, die Polen durch kleine Concessionen hingehalten. Entweder Galizien gelangt zu einer thatsächlichen Ausnahmstellung und dann ist mit den Czechen, die doch ein Mal auf der Welt sind, vollends nicht auszukommen, oder die Polen verlassen den Reichstag und aus dem Accord, den der Dualismus heute zurückgewiesen, wird morgen ein offener Bankbruch. Wirklichen Gewinn werden aus der beliebten Entscheidung nur die Ungarn ziehen, denen eine Anerkennung des slavischen Elements in den cisleithanischen Provinzen sofort die ernstesten Verlegenheiten mit den zur Stefanskronen gehörigen Slavenstämmen gebracht hätte. Die slavische Calamität ist schon gegenwärtig am östlichen Ufer der Leitha nicht geringer als im Westen, nur minder akut und sehr viel geschickter maskirt. Die Vereinigung der ehemaligen Militärgrenze mit dem ungarischen Staat stößt z. B. auf die entschiedenste Abneigung der Grenzer, in denen der alte Haß gegen den aristokratischen Magyarenstamm noch heftiger lodert, als in den Croaten, den Slovenen des Westens und den Ruthenen des Ostens der ungarischen Ebene.

Daß das wahre Verhältniß verkannt wird, die vorhandenen staatsrechtlichen Gegensätze hinter den liberalen und reactionären Masken versteckt bleiben, die ihnen die öffentliche Meinung umgehängt hat, ist freilich auf Gründe sehr realer Natur zurückzuführen. Die über die gesammte Monarchie verbreitete Partei der malcontenten Clericalen und absolutistisch gesinnten Aristokraten ist seit lange auf dem Sprunge, sich bei der ersten passenden oder unpassenden Gelegenheit auf die junge constitutionelle Freiheit Oesterreichs zu stürzen. Schon wegen ihres Zusammenhangs mit den czechischen Nationalen glaubt diese Partei eine Abänderung der bestehenden staatsrechtlichen Formen zu ihren Gunsten ausbeuten zu können und die Erinnerung daran, daß das Belcredi'sche Experiment unter den Auspicien einer reactionär gemeinten Verfassungs-Sifirung unternommen worden, genügt für das große Publicum zu der Ueberzeugung, es gebe neben liberaler Centralisation und feudal-söderativer Junker- und Pfaffenherrschaft kein Tertium. Daher der Adressensturm, daher die Todesangst der deutschen Bourgeoisie vor dem Rütteln an den Buchstaben der Verfassung. Leibhaftig hat sich wieder gezeigt, daß die oft todtgesagten Gespenster der Vergangenheit Oesterreichs nicht nur noch am Leben sind, sondern mehr gefürchtet werden, als die realen Nöthe des Tages, unter denen man zu erliegen droht. — In Mitten dieser Verlegenheiten, die bleiern auf den Siegern lasten, jeden Aufschwung niederhalten und die definitive Constituirung des Cabinets unmöglich machen (neuere Nachrichten sprechen bereits von einem zweiten Entlassungsgesuch Biskra's) zeigt einzig Graf Beust die Miene ungestörter Selbstzufriedenheit. Alle Welt weiß, daß er selbst hinter den Taase, Potocki und Berger gestanden, daß sein zäher Selbst-

erhaltungstrieb die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes längst erkannt, sein beweglicher Sinn die Verhandlungen mit Oezchen und Polen niemals fallen gelassen hatte — nichts desto weniger steht er heute auf Seiten der Majorität und mahnt er die sorgenschweren Männer derselben, sein Beispiel nachzuahmen und sich schwarze Gedanken vom Leibe zu halten. Diese proteusartige Gefügigkeit in alle, auch die widersprechendsten Formen und Systeme, wird dem k. k. Reichskanzler vielleicht noch einige Jahre den Genuß seiner Machtstellung fristen, die Illusionen des österreichischen Liberalismus über die wahre Natur des Eck- und Grundsteins neu-österreichischer Freiheit hat sie wahrscheinlich schon jetzt überlebt.

Seit seiner Rückkehr aus Aegypten ist der Lenker der österreichischen Staatsgeschicke mit den inneren Nöthen des Kaiserstaats zu ausschließlich beschäftigt gewesen, um zu Diversionen auf das Gebiet der großen internationalen Politik Zeit übrig gehabt zu haben. Die türkisch-ägyptische Differenz ist geschlichtet worden, ohne daß die Wiener Diplomatie sich eines größeren Antheils an dem Vermittelungsgeschäft rühmen könnte, als die übrigen Cabinette, die Fäden der entente mit dem kaiserlichen Frankreich sind ebenso liegen geblieben, wie die Versuche, mit dem ohnmächtigen italienischen Staat in nähere Beziehung zu treten. Als Resultate der Geschäftigkeit, welche Graf Beust während der Herbstwochen des vorigen Jahres entwickelte, sind nur die Sendung eines Botschafters nach Petersburg und die Accredittirung eines russischen Gesandten in Wien übrig geblieben: an dem Gegenbesuch, den Erzherzog Karl Ludwig in Berlin macht, ist der Graf sicher unschuldig. Auf eine Besserung der officiellen Beziehungen zwischen Rußland und Oestreich läßt übrigens nicht nur die Befetzung der längere Zeit hindurch vacant gebliebenen Botschafterposten, sondern die Person des Diplomaten schließen, der mit der Vertretung der russischen Interessen in Wien betraut worden ist. Fürst Orlov, bisher Minister am Brüsseler Hof, gehört zu den bekanntesten und geachtetsten Häuptern der conservativen, oder richtiger gesagt, der europäischen Partei in Rußland; er ist nicht nur als entschiedener Gegner der in Polen geübten Zerstörungspolitik, sondern zugleich als Antagonist des Panславismus bekannt und sicher der geeignetste Mann, um den unversöhnlichen russisch-österreichischen Interessengegensatz zu mildern, durch lebenswürdige Formen zu versöhnen, wo die Geister all' zu heftig auf einander geplakt sind. — Das ist freilich Alles, was Graf Beust durch seine letzte Begegnung mit dem Fürsten Gortschakow erreicht hat, und man braucht nur die flüchtigen Fußstapfen zu verfolgen, welche der Gang des russischen Nationalgeistes in der Presse zurüchläßt, um genau zu wissen, daß die wahre Natur des Verhältnisses, welches die beiden Kaiserreiche des Ostens zu geschworenen Feinden macht, sich um keines Haarbreite verändert hat. Wo es an anderen Veranlassungen zur Schürung der Feindschaft gegen Oestreich fehlt, sorgt der Nationalitätenskampf in Galizien immer wieder dafür, daß der glimmende Funken nicht von der Asche verschüttet wird. Neben der Theilnahme an der Entscheidung über die neuzubehenden galizischen Bischofsitze ist es im Augenblick das von dem Militärschriftsteller General Tadschew abgegebene „Votum über die orientalische Frage“, das den „unterdrückten Brudervölkern“ an der Donau und am Pruth vornehmlich zuruft, aufgeschoben sei nicht aufgehoben.

Das officielle Rußland lebt, was seine Beziehungen zum Auslande anlangt, im tiefsten Frieden. Und es hat diesen Frieden in der That nöthig. Nicht nur daß das Budget für 1870 wiederum mit einem Deficit schließt, der Wechselcours unaufhaltsam sinkt, Geldbeutel und Thätigkeit der Regierung durch die Forderungen des vorschreitenden Verkehrslebens fortwährend in Anspruch genommen werden (ein Ukas vom 22. Januar ordnet Eisenbahnbau-

ten in einer Gesamtlänge von fünfhundert deutschen Meilen oder 3500 Werst an), — in den Eingeweiden des Staatskörpers haust eine Krankheit, die zwar noch nicht gefährlich scheint, den Patienten aber um alle Ruhe und alles Behagen bringt. Nicht die neuentdeckte Socialistenverschwörung allein macht der Regierung Sorge, der leidenschaftliche Gegensatz in der Bureaucratie wie in der Gesellschaft hadernder Gegensätze lähmt die öffentliche Gesundheit und kreuzt die Thätigkeit der Staatsmaschine. Von den großen Aufgaben, zu deren gleichzeitiger Lösung man sich im Rausch der Freude eben die Beendigung des polnischen Aufstandes anheischig machte, geht es mit keiner vorwärts. Die Ausföhrung der Justizreform geräth in Stocken, den Functionen der Selbstverwaltung, welche auf die Provinzial-Versammlungen übertragen worden sind, fehlt es an tauglichen Trägern, die agrarischen Zustände gerathen in immer traurigeren Verfall, die Systeme für die Russifikation der westlichen Provinzen müssen allmonatlich verändert werden, während die Sache selbst um keinen Schritt weiter kommt, verwilderte Bauern und unfähige Beamte auf den Trümmern einer zerstörten Cultur hadern, ohne zu einem Neubau auch nur das Fundament legen zu können. Mit dem Geständniß, daß der öffentliche Geist verfehle und die besten Patrioten sich entmuthigt zeigten, hat die Mosk. Ztg. ihren Rückblick auf Rußlands innere Entwicklung während des J. 1869 beschließen müssen. Das System der „rein nationalen inneren Politik“ geht nicht nur an seinen inneren Widersprüchen und dem Mangel brauchbarer Werkzeuge, sondern zugleich an der Feindseligkeit der in ihren wichtigsten Interessen bedrohten höheren Classen und dem Mangel an Einheit zu Grunde, der zu den charakteristischsten Eigenschaften der russischen Regierung seit 1856 gehört. Dicht nebeneinander sitzen europäisch und slavisch gesinnte Minister, Anhänger des nationalen Bauernstaats, Adepten einer demokratischen Monarchie nach neu französischem Muster, und Aristokraten, die vor Allem das Bündniß des unumschränkten Herrschers mit den begehrliehen Massen auflösen wollen. Jede dieser Richtungen hat eine weitverzweigte, nicht immer gefügige Anhängerschaft mit deren Vorurtheilen, Neigungen und Interessen gerechnet werden muß — Reibungen und Verwirrungen in der Staatsmaschine verstehen sich darum von selbst. — Indessen von dem bevorstehenden Eintreffen der chinesischen Gesandtschaft Ausdehnung der russischen Machtssphäre nach Osten erwartet wird, ist die Regierung hauptsächlich mit der Neubewaffung der Armees und mit Russificationsmaßregeln in Litthauen und Polen beschäftigt, freilich solchen die die nationale Partei schon wegen ihrer Urheber, der kaiserlichen Statthalter in Warschau und Wilna, für ungenügend hält.

In Deutschland haben seit dem Beginn des neuen Jahres wiederum parlamentarische Vorgänge den Mittelpunkt der Interessen gebildet. Indessen die Phalanx schwäbischer Republikaner und Particularisten sich anschickte ihre Regierung durch Verweigerung der zur Durchführung des Alliancevertrages nothwendigen Mittel zum Bruch mit dem deutschen Zollverbande zu zwingen, eröffnete König Ludwig II. die bayerischen Kammern mit einer Thronrede, welche trotz ihrer platonischen Wünsche für eine künftige Einigung mit dem Nordbunde wesentlich particularistisch gefärbt war und so dem ultramontanen Ausfall der Neuwahlen Rechnung trug. Wenn auch außer Zweifel steht, daß das Cabinet Hohenlohe dem Andrang der Partei, welche sich des Präsidiums und Bureaus der Kammer sofort bemächtigt hat, nicht weichen wird, so erscheint die Stellung desselben doch schwierig genug, um den Freunden der nationalen Sache die Frage vorzulegen, ob dieser Sache durch die Zwischenregierung eines ultramontanen Cabinets nicht besser gedient gewesen wäre, als durch den Fortbestand eines durch hundert Rücksichten ge-

bundenen „wohlintentionirten“ Ministeriums. Die Klärung der Lage, welche sich unter den gegenwärtigen Umständen endlos hinauschiebt, wäre sicher beschleunigt worden, wenn man den Clericalen die Gelegenheit geboten, ihr letztes Wort zu sagen und verantwortlich für dasselbe einzutreten. — Die Versammlung süddeutscher Patrioten in Karlsruhe, welche ziemlich gleichzeitig mit der Münchener Kammereröffnung stattfand, hat aufs Neue constatirt, daß Baden trotz seiner Isolirung und trotz der in den Umständen liegenden Zurückhaltung des Nordbundes fest zu dem nationalen Programm steht. So dankbar diese Festigkeit anerkannt werden muß — es tritt doch immer wieder die Frage an uns heran, wie lange die badischen Staatsmänner ihre Stellung werden behaupten können, wenn das Stimmen der Instrumente Jahr ein und Jahr aus fortbauert, ohne daß es zum Concert kommt. Auch die stärksten Saiten laufen Gefahr, bei so andauernder Spannung schließlich zu reißen.

In Berlin ist das Abgeordnetenhaus fast ausschließlich mit der Berathung der Eulenburg'schen Kreisordnung beschäftigt gewesen, ohne daß das Zustandekommen derselben gesichert wäre. Trotz der Annahme des Miquel'schen Antrags, der für die Phsyiognomie der künftigen Amtsbezirke entscheidend sein wird, hat die Regierung ihre Vorlage nicht zurückgezogen. Für die nationale Partei und deren Stellung im Lande ist diese Debatte von einer principiellen Bedeutung gewesen, wie kaum eine andere. Sie hat bewiesen, daß Bereitschaft zur Verständigung mit der Regierung sehr wohl vereinbar ist mit unerschütterlichem Festhalten an den fundamentalen Grundsätzen und daß dieses Festhalten keineswegs das Monopol der systematischen Opposition ist. Gerade weil der Verdacht einer solchen der nationalliberalen Partei gegenüber unmöglich ist, fällt das Votum, das dieselbe am 22. Januar abgegeben, mit doppelter Schwere ins Gewicht, und zwar ebenso für das Volk, wie für die Regierung. Es ist das, beiläufig bemerkt, der erste Fall, in welchem die Nationalliberalen in einer Frage von entscheidender Bedeutung andere Wege gegangen sind, wie die frei-conservative Fraction. — Die Fortschrittspartei ist durch das Entstehen einzelner ihrer Glieder für die Sache der Waldenburger Bergleute in die peinliche Lage versetzt worden, von den Ereignissen desavouirt zu werden. Es ist das um so lebhafter zu bedauern, als Ansehn und Einfluß der Herren Schulze und Löwe bei der Berliner Arbeiterbevölkerung bereits seit längerer Zeit durch die socialistischen und pseudo-socialistischen Umtriebe der Schweizer und Tölcke bedroht sind, während alle Parteien (die socialistische natürlich ausgenommen) ein gleiches Interesse daran haben, diesen Einfluß erhalten zu sehen; ist derselbe doch der Haupthebel für den Aufschwung des Genossenschaftswesens und der Damm gegen die socialistische Ueberfluthung Berlins gewesen.

Seit dem Januar 1870 ist die Vertretung Norddeutschlands dem Auslande gegenüber an das Bundeskanzleramt übergegangen; ein preussisches Ministerium des Auswärtigen besteht nur noch für die Beziehungen der Berliner Regierung zu den übrigen Bundesstaaten. So ist der neue deutsche Staat endlich in die Verfassung gekommen, auch formell mit den übrigen Großstaaten des Welttheils in eine Linie zu treten, die Stellung im internationalen Concert einzunehmen, die ihm seit lange gebührt und der Würde einer großen Nation allein entsprechend ist. Soll die deutsche Diplomatie von dem Fluche der Lächerlichkeit, die ihr durch die Gesandenspieleret der kleinen Staaten angeheftet war, völlig und für alle Zeit befreit werden, so ist freilich noch ein fernerer Schritt nothwendig. Die Separatgesandten unserer kleinen und kleinsten Bundesgenossen müssen verschwinden und zwar sobald als möglich.